
Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Baustellen koordinieren – Beeinträchtigungen reduzieren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, Sorge dafür zu tragen, dass eine verbesserte Koordinierung von Baustellen im öffentlichen Straßenland erfolgt und das seit dem 1. Januar 2014 geltende Aufgrabeverbot eingehalten wird. Hierzu sind die Berliner Bezirke als Straßenbaulastträger anzuhalten, den Baustellenatlas der Firma infrest-Infrastruktur eStrasse GmbH verpflichtend auch für eigene Baumaßnahmen zu verwenden und dort sämtliche geplante Baumaßnahmen einzutragen und eine zeitliche und räumliche Koordinierung vorzunehmen.

Die Antragstellung für die Sondernutzung des öffentlichen Straßenlandes für solche Baumaßnahmen soll fortan ausschließlich digital möglich sein.

Der Senat wird zudem aufgefordert, den Bezirken die Organisation einer sog. Baustellenkoordinierungsrunde, die mindestens einmal jährlich mit allen relevanten im öffentlichen Straßenland agierenden Tiefbauunternehmen bzw. deren Auftraggebern tagt, naheulegen und an diesen Runden selbst teilzunehmen, um Interdependenzen bzw. Konfliktpotentiale zwischen Baumaßnahmen in unterschiedlichen Bezirken zu identifizieren und zu vermeiden.

Begründung:

Im öffentlichen Straßenland führen zahlreiche Akteure (Leitungsbetriebe, BVG, Bezirksämter, etc.) Baumaßnahmen durch. Diese finden häufig weder zeitlich noch räumlich abgestimmt statt. Aus diesem Grund kommt es zu einer unnötigen Reduzierung der Leistungsfähigkeit der Verkehrswege. Zudem wird das sogenannte Aufgrabeverbot gemäß AV zu §12 Berliner Straßengesetz häufig nicht beachtet.

Mit dem Baustellenatlas verfügt die Firma infrest-Infrastruktur eStrasse GmbH bereits seit langem über eine technische Lösung, um geplante und laufende Tiefbauprojekte in einem Portal zu sammeln und ermöglicht so, eine zeitliche und räumliche Abstimmung der Baumaßnahmen. Zahlreiche Akteure nutzen dieses Portal bereits. Jedoch nutzen, trotz kostenlosen Zuganges, noch immer nicht alle Straßen- und Grünflächenämter als Straßenbaulastträger dieses Portal. Damit werden Koordinierungspotentiale verschenkt. Dies gilt es durch entsprechende Maßnahmen zu ändern.

Berlin, 1. Oktober 2024

Stettner Kraft
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Schopf
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD